

CHRONIK DER ZEIT

GENERALVERTRAG

Der 26. Mai 1952, an dem der Generalvertrag in Bonn feierlich unterzeichnet wurde, wird — auch wenn die vielen großen Worte zu seinen Ehren und seiner Verdammung wieder verklungen sind — ein „großes Datum“ in der deutschen Geschichte bleiben. Der Weg, den die deutsche Politik gehen wird, ist durch den Generalvertrag in nachdrücklicher Weise festgelegt worden. Durch ihn ist weitgehend das Gehäuse gebaut und befestigt worden, das künftig für all unser Wirken — das staatliche, das außenpolitische, das wirtschaftliche, das gewerkschaftliche — die Chancen, den Rahmen und die Grenzen darstellen wird.

Der Bundesinnenminister hat geglaubt, der Tag wäre ein Anlaß für festliche Beflagung in der Bundesrepublik. Es wehten dann einsam von den Bundesbehörden die Fahnen. Die Länder hatten sich nahezu einstimmig geweigert, den Tag festlich zu begehen. Bei der Unterzeichnung war kein Sozialdemokrat zugegen. Es ist aber eine Binsenwahrheit, daß die großen fundamentalen Entscheidungen einer Demokratie (besonders über die Außenpolitik und die Verfassung) von Regierung und Opposition gemeinsam beschlossen werden müßten. Die Opposition aber fehlte beim „Festakt“ in Bonn. Die leeren Stühle bei der feierlichen Unterzeichnung sind so niederdrückend wie die paar einsamen Fahnen, die da in Deutschland unbeachtet im Winde flatterten. Es ist ganz gleichgültig, wessen Schuld es ist — ob die der Regierung oder der Opposition. Es liegt ein nationales Unglück vor, wenn ein elementares Ereignis im Geschehen der Nation von den einen als „schwarzer Tag der deutschen Geschichte“ und von den anderen als der Beginn einer neuen europäischen Epoche angesehen wird. Warm werden wir jenes gemeinsame Fundament finden, ohne das keine Demokratie denkbar ist?

An dem Vertrag ist nicht so sehr sein Inhalt entscheidend, als die Tatsache, daß er überhaupt da ist und abgeschlossen wurde. Die Einschätzung seiner guten oder bösen Weltwirkungen ruht auf Vermutungen über die russische Haltung. Beweisen aber können weder die Gegner noch die Anhänger ihre Auffassung des Weltzustandes, auf der ihr Ja oder Nein zum Generalvertrag fußt. Darüber soll in den folgenden Zeilen nicht mehr gesprochen werden.

Es scheint aber zweckmäßig, den Inhalt des Vertragswerkes noch einmal zu umreißen. Einen Tag später wurde in Paris der „Vertrag zur Errichtung der europäischen

Verteidigungsgemeinschaft“ unterzeichnet, der mit dem Generalvertrag ein Ganzes bildet. In der Tat hat keiner der beiden Verträge rechtlich ohne den anderen Gültigkeit. Die Präambel des Generalvertrages legt die Grundsätze fest, die schon seit geraumer Zeit die Politik der Westmächte in und über Deutschland regieren und enthalten an sich nichts Neues. Die „Wiederherstellung eines völlig freien und vereinigten Deutschlands auf friedlichem Wege und die Herbeiführung einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung“ wird als Ziel aufgestellt. Aber der Generalvertrag stellt selber fest — mit vollem Recht —, daß dieses Ziel nie durch eine Vereinbarung zwischen den Alliierten und der Bundesrepublik erreicht werden kann. Die Alliierten behalten sich ihre Abmachungen mit der Sowjetunion vor — natürlich so wie die Westmächte sie verstehen. Mit Rücksicht auf die internationale Vertragslage ist auch Berlin wieder nicht zum 12. Bundesland erklärt worden. Ein künftig errichtetes Gesamtdeutschland wäre kraft des sehr verklausulierten Artikel 7 Abs. 3 an die wesentlichen Verpflichtungen des Generalvertrages gebunden, das heißt, Gesamtdeutschland wäre — um mit der Präambel zu sprechen — „in die europäische Gemeinschaft einzugliedern, die ihrerseits in die sich entwickelnde atlantische Gemeinschaft eingefügt sein wird“. Nun liegt allzu sehr auf der Hand, daß die Wiederherstellung eines geeinten Deutschlands unter den gegenwärtigen Weltverhältnissen nicht möglich ist, wenn die Anlehnung Deutschlands an den Atlantikpakt und seine Eingliederung in die westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft Voraussetzung dafür sein soll. Es ist so gut wie undenkbar, daß die Sowjetunion einem vereinten Deutschland zustimmen wird, das sich den Verpflichtungen des Generalvertrages unterwirft. Die „Bindungsklausel“ wird wohl von allen als der größte Einwand gegen den Generalvertrag angesehen. Allerdings bedeutet der Generalvertrag in jedem Fall — mit oder ohne Bindungsklausel — ohnehin schon die nahezu unlösbare Bindung Westdeutschlands an Westeuropa und an die USA. Auch würde ein so elementarer Vorgang wie die Wiederherstellung des ganzen Deutschlands — ein deutsches und internationales Geschehnis revolutionärer Art — in jedem Fall der Regelung durch papierene Vertragstexte spotten.

Der Generalvertrag verwandelt die Besatzungstruppen in verbündete Truppen oder tauft sie wenigstens so um. Ihre Aufgabe sei: „Die Verteidigung der freien Welt, zu der die Bundesrepublik und Berlin ge-

hören.“ Aber die Truppen bleiben da. Sie werden das Recht haben, die jede Militärmacht in einem Aufmarschgebiet und einem Sicherheitsbereich an der Grenze unvermeidlicherweise haben muß. Wäre Mexiko sowjetisches Besatzungsgebiet, würde in Texas das Regime herrschen müssen, das jetzt durch den Generalvertrag in der Bundesrepublik errichtet wird. Entscheidendes ändert sich in der Bundesrepublik, was die Besatzung angeht, nicht. In bestimmten Fällen können die drei Westmächte „den Notstand“ erklären. Die Fälle sind erschöpfend aufgeführt, aber sie sind so unbestimmt wie nur immer das geschichtliche Geschehen selber. Sie sind erstens „ein Angriff auf das Gebiet der Bundesrepublik oder Berlins“, zweitens „eine umstürzlerische Störung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“, drittens „eine schwere Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“, viertens „der ernstlich drohende Eintritt eines dieser Ereignisse“. Es ist faktisch dem Ermessen der drei Westmächte überlassen, zu entscheiden, wann die vier Fälle eintreten werden. Tatsächlich könnten sie, wenn es auf die Paragraphen allein ankäme, den Notstand jederzeit beliebig erklären. Jeder Legationsrat in den westlichen Außenministerien müßte wegen Unfähigkeit entlassen werden, der nicht in jedem beliebigen Augenblick stehenden Fußes begründen könnte, daß „der ernstlich drohende Eintritt eines dieser Ereignisse“ gegeben sei. Aber es ist auch schlechthin undenkbar, daß sich große Weltmächte, die im Kampf gegen gewaltige internationale Gefahren stehen, nicht vorbehalten, in einem Augenblick der Gefahr das Nötige für ihre Sicherheit zu tun. Kein Vertrag und keine Namensänderung kann das Gesetz ändern, dem jeglicher militärische Sicherheitsbereich in der Welt unterliegt.

Der Generalvertrag tritt an Stelle des Besatzungsstatuts. Aber das Besatzungsrecht schwindet nicht völlig aus dem deutschen Leben, die Entflechtung bleibt, die Gewerbe-freiheit bleibt in einem hohen Maße so wie die Amerikaner sie sich denken. Wäre nicht die Koppelung mit der Vertrag über die europäische Verteidigung, so würde der Generalvertrag keinen großen Umsturz in der inneren Ordnung und internationalen Stellung der Bundesrepublik darstellen. Welch ein Vertrag aber kann schon ändern, daß die Mächtigen mächtig und die Schwachen schwach sind.

Indien sucht den dritten Weg

Indien wiegt zentnerschwer in der Waagschale der weltpolitischen und sozialen Entscheidungen der Erde. Fällt Indien dem Kommunismus anheim, dann ist die Schlacht um Asien verloren. Asien wird dann der kommunistische Kontinent schlechthin sein. Mehr als eine Milliarde Menschen werden

dann einen geschlossenen Sturmbock der kommunistischen Weltrevolution darstellen. Auch die soziale Bewegung der Welt wird entscheidend davon beeinflußt werden, welchen Weg Indien nimmt. Indien hat furchtbare soziale Probleme. Der Hunger ist noch immer die mächtigste politische und soziale Kraft im Lande. Der Hungertod hat Jahre, in denen seine Ernte bis in die Millionen geht. Massenarmut, Massenunbildung, Verelendung und Rückständigkeit stellen Aufgaben von beängstigender Art dar. Indien könnte die schreckliche Frage lösen, ob diese Aufgaben in Asien nicht auch auf anderem Wege zu lösen sind als auf dem sowjetischen. Der Ministerpräsident Indiens, Jawaharlal Nehru, erklärte in seiner Ansprache vor dem neugewählten Kongreß Hindostans, daß Indien nicht den schrecklichen Preis für den sozialen Fortschritt zahlen werde, den Rußland und China' gezahlt haben. Nehru deutete an, daß Indien vor ähnlichen Problemen stehe wie denen, die Rußland und China gestellt waren. Aber Indien werde seinen eigenen Weg finden und gehen. Der kommunistische Glaube sei völlig veraltet. „Die Kommunisten sind starr wie die alten bigotten Religionen. Ich habe mich geweigert, mich vor den bigotten Eiferern irgendeiner Religion zu beugen, und ich weigere mich auch, mich vor den bigotten Eiferern dieser neuen Religion zu beugen.“ Der Kongreß zählt 80 kommunistische Mitglieder. Ihnen sagte Nehru, daß man wohl bewundern könne, was in einem anderen Land gut sei, daß man aber nie das andere Land höher stellen dürfe als das eigene.

Nehru glaubt den dritten Weg gefunden zu haben — zwischen dem Kommunismus und dem westlichen Kapitalismus. Er meint darum, auch eine Brücke zwischen Ost und West schlagen zu können. In der Tat gehört Indien zu den wenigen Ländern, in denen noch keine Front ist. „Der kalte Krieg führt“, so sagte Nehru, „zum Schießkrieg und ist fast genau so böse. Er brutalisiert und erniedrigt die Menschheit. Ich kann nicht verstehen, wie einige Menschen, die den Kommunismus hassen und ihn zum Feinde erklären, ihm ein Ende durch den Krieg setzen wollen. Der Krieg führt nur zu einer allgemeinen und massenhaften Zerstörung und Anarchie, und es ist nicht recht für uns, weder als Individuen noch als Völker, einen Weg zu gehen, der zur internationalen Barbarei führt.“

Die Zukunft muß zeigen, ob die nicht-kommunistischen asiatisch-arabischen Völker, die heute weder Ost noch West sind, auch fürderhin einen eigenen Weg zu gehen wissen.

. . . oder explodieren

Exportieren oder explodieren, war einst ein Schlagwort in Italien. Exportieren hieß Waren und Menschen ausführen, hieß Aus-

wanderung, koloniale Siedlung, Industrialisierung und Bodenreform (durch welche letztere Menschen „nach Italien auswandern“ konnten). Der Faschismus hat dem neuen Italien die Probleme ungelöst überantwortet. Die „Menschenausfuhr“ ist fast unmöglich geworden. Die „Ausfuhr der Armut“, wodurch Europa im 19. Jahrhundert, im Zeitalter der Völkerwanderung nach Übersee, seine Probleme lösen konnte, geht nicht mehr. Italiens Kolonien sind verloren — wohl für alle Zeiten. Die Bodenreform ist vom Regime de Gasperi in Angriff genommen worden, aber noch keineswegs durchgeführt. Für die Industrialisierung fehlen das Kapital, die Rohstoffe und die Menschen mit der industriellen Arbeitsgesinnung.

Die Gemeindewahlen am 25. Mai waren daher ein wertvolles Anzeichen dafür, welchen politischen Weg Italien inmitten seiner sozialen Probleme geht.

Das neue Italien hat ja eine große Schlacht gleich zu Anfang verloren, als es die Gewerkschaften an die Kommunisten verlor. Damit hörte auch der Sozialismus in Italien auf, ein maßgeblicher politischer Faktor zu sein.

Die Gemeindewahlen scheinen zu bestätigen, daß der Kommunismus an Stoßkraft verloren hat, aber ein ernsthafter politischer Faktor im italienischen Leben bleibt. Das war immer schon sichtbar und ist wohl im großen und ganzen von den Wahlen bestätigt worden. Der Kommunismus hat versucht, eine harmlose Gestalt anzunehmen. Seine Wahlaufrufe ließen meist Hammer und Sichel weg und waren mit italienischen Landschaftsbildern oder Bildwerken aus der italienischen Kunstgeschichte geschmückt. Der Kommunismus wollte derart an das Heimat- und Nationalgefühl der Italiener appellieren und selbst dem Bannstrahl der Kirche entgegenwirken, indem er auch Kirchen als Schmuck seiner Aufrufe und Wahlzettel benutzte.

Die scheinbare Verharmlosung der kommunistischen Bewegung ist ein schwerer Nachteil für die christlich-soziale Partei. Die „Demoorazia cristiana“ hatte bisher das Privileg und den Vorteil gehabt, die Sammelpartei gegenüber den Kommunisten zu sein. Die christlich-soziale Partei bekennt sich grundsätzlich zum sozialen Gedanken, wie immer man über die konkrete Durchführung in der praktischen Politik denken mag. Ausgesprochene Rechtsparteien mochten als eine Provokation der kommunistischen Bewegung gelten, solange eine reale Möglichkeit einer kommunistischen Revolution in Italien bestand. Diese reale Möglichkeit einer kommunistischen Machtergreifung scheint nicht mehr gegeben zu sein — nicht mehr objektiv und nicht mehr in den Augen der öffentlichen Meinung Italiens. Die christlich-soziale Partei in Italien — ohne die Traditionen des

deutschen politischen Katholizismus, der an einem Feinde wuchs, den die Kirche in Italien nie hatte, dem protestantischen preußischen Staat — spürt daher die Abspaltungstendenzen und eine Tendenz zur Auflösung und Zersetzung der großen Sammelpartei. Der Vatikan hat sich zwar förmlich auf die Seite der christlich-sozialen Partei gestellt, der Anspruch der Monarchisten und Faschisten, auch, eine katholische Partei darzustellen, ist vom Osservatore Romano, dem päpstlichen Blatt, scharf zurückgewiesen worden. Nur die christlich-soziale Partei verdiene die Unterstützung der Kirche und keine sonst. Die Exkommunikation der Kommunisten besteht fort, und jeder Italiener, der kommunistisch wählt, begeht in den Augen der Kirche eine Sünde. Pater Lombardi, bekannt durch seinen Kreuzzug für die Versöhnung der Herzen, erklärte in einer Ansprache über den vatikanischen Sender, daß die Wahlenthaltung im Angesicht der drohenden „Schande eines kommunistischen Bürgermeisters in Rom“ eine Todsünde sei, die den Betreffenden vom Himmel ausschließe, wenn er nicht vorher Vergebung erlangt habe.

Das interessante Ergebnis der Gemeindewahlen in Italien ist, einen Fingerzeig dafür zu geben, wie weit die christlich-soziale Bewegung, die nach 1945 als mächtige politische Kraft in Europa emportauchte, sich zu behaupten vermochte. Auch für den Fingerzeig ist man dankbar, den die Wahlen darüber gaben, wie weit die monarchistische und neofaschistische Bewegung in Italien erneut Boden fassen kann.

Die Wahlen bekundeten auch den Weg, den Italiens Süden geht. Der Süden war immer ein anderes Italien. Er war nie faschistisch. Er ist heute nicht recht demokratisch.

Der Ausgang der Wahlen insgesamt ist ein Anzeichen dafür, wie weit das neue Italien mit seinen großen Lebensfragen, den politischen, wirtschaftlichen und sozialen, fertig geworden ist.

Die endgültigen Ergebnisse bestätigen das oben gezeichnete Bild. In Süditalien hat die nationalistische und monarchistische Rechte wesentliche Erfolge aufzuweisen. So hat sie insbesondere die Stadtverwaltung von Neapel erobert. In Sizilien trat mit einem Stimmenanteil von etwa 15 vH. der Neofaschismus auffällig in Erscheinung. In Rom blieb die christlich-soziale Herrschaft erhalten. Die Einbrüche in die christlich-soziale Bewegung sind in Norditalien geringer, aber doch auch spürbar. Die kommunistische Partei behauptete sich ungeschwächt — dank des Bündnisses mit mannigfachen Linksgruppen und dank ihrer heimatstreuen Mimikry. Die Provinz Rom wird fortan von den Kommunisten beherrscht. Für Sozialdemokraten und Liberale bleibt es beim „ferner liefern“.

Die Chinesische Mauer

Die englische Regierung — das heißt die beiden Regierungen Attlee und Churchill — hat ständig versucht, die Verbindung mit dem Chinesischen Reich aufrechtzuerhalten. Die Chinesische Mauer, die diesmal an der Seegrenze Chinas errichtet wurde, ist ein Unglück ersten Ranges für die Menschheit. Der soziale und wirtschaftliche Blutkreislauf der Erde muß so lange gestört bleiben, als die asiatischen Millionenmassen aus dem weltwirtschaftlichen Austauschprozeß ausgeschlossen sind. Das Punkt-vier-Programm Präsident Trumans und der britische Colombo-Plan setzten den westlichen Völkern die große Aufgabe, den asiatischen Völkern die Hand beim wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung zu bieten, wie unzulänglich auch bisher die Ausführung gewesen sein mag. Die Chinesische Mauer ist daher ein Schlag für die soziale Sache, diesseits und jenseits.

Drei Gründe bewogen die britische Regierung, die Verbindung mit China aufrechtzuerhalten und sogar die diplomatische Anerkennung der Mao-Regierung auszusprechen: Die Furcht, die westliche Welt könnte in einen „großen Krieg“ in Asien verwickelt werden — den die Regierung Attlee nicht mehr und nicht weniger als die Regierung Churchill als einen „falschen Krieg“ ansah. Die Sorge um die britische Kolonie Hongkong. Die Sorge um den englischen Handel und die englischen Geschäftsunternehmungen in China.

Die Bresche in der Chinesischen Mauer aber konnte nicht offengehalten werden. Nur Hongkong ist noch da, ein Mekka des Weltschmuggels zwischen West und Ost. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Großbritannien und China sind eine Farce geblieben. Der britische Geschäftsträger hat bis zur gegenwärtigen Stunde den chinesischen Außenminister nicht gesehen, und die Regierung Mao hat einen Botschafter in England nicht ernannt. Es zeigte sich, daß ein Staat nicht für sich allein Beziehungen über die Chinesische Mauer hinweg unterhalten kann. Diese Beziehungen müssen ja abhängig bleiben vom allgemeinen Weltzustand. Die Regierung Mao verlangt verständlicherweise volle völkerrechtliche Gleichberechtigung (UNO!), wenn sie diplomatische Beziehungen zum Westen aufrechterhalten soll. Aber das kann die englische Regierung nicht allein geben. Was soll schon ein chinesischer Botschafter in London, den die diplomatischen Vertreter der anderen Mächte nicht einmal kennen dürfen!

Jetzt ist auch offenkundig geworden, daß die Hoffnung Großbritanniens, den Handel mit China und seine Geschäftsunternehmungen mit China dadurch aufrechterhalten zu können, schmählich enttäuscht wurde. Der britische Geschäftsträger in Peking hat nun

der chinesischen Regierung eine Note übermittelt des Inhalts, daß die britischen Firmen in China sich entschlossen hätten, ihren Betrieb einzustellen. Mr. G. E. Mitchell, der Zweite Vorsitzende der britischen China-Association, begründete den Entschluß in einer Erklärung, die sehr grell die Lage in China beleuchtet:

„Was den inneren Handel der Industrie in China angeht, so sind die meisten britischen Geschäftshäuser zum endgültigen Entschluß gelangt, daß sie keine andere Alternative haben als zu schließen . . . Sie waren gezwungen, in zunehmendem Maße große Summen Geldes nach China hineinzupumpen, um die außergewöhnlich schweren und oft willkürlichen Steuerforderungen befriedigen und die große Zahl von Arbeitskräften beschäftigen zu können, die sie nicht entlassen konnten, obwohl manche Angestellten zwei Jahre nicht einen Strich getan haben. Diese Firmen sehen keine Aussicht, daß die Lage jemals radikal geändert werden könnte.

Der zweite Grund ist der, daß die Leiter und Angestellten der Firmen die größte Schwierigkeit gehabt und langwieriges Hinhalten erlebt haben, wenn sie die Erlaubnis erhalten wollten, das Land zu verlassen oder zu betreten . . . Die britische Gemeinschaft in China ist sich der Tatsache bewußt, daß die Zeiten sich gewandelt haben, aber sie haben sich so sehr gewandelt, daß es für sie unter den gegenwärtigen Umständen keine Zukunft gibt. Es hat keinen Sinn zu bleiben, wo man so offenkundig unwillkommen ist.“

Die Chinesische Mauer wurde einst erbaut, um die Barbaren abzuwehren. Heute sind all unsere chinesischen Mauern Monumente der Barbarei in unserer Welt.

Die britischen Gewerkschaften und die Aufrüstung

Die englische Arbeiterpartei steht vor der Möglichkeit — die letzten Gemeindewahlen haben es bewiesen —, daß sie jederzeit wieder zur Macht berufen werden kann, wenn etwas Außergewöhnliches im Lande geschieht und dann Wahlen abgehalten werden müssen. Die englische Arbeiterpartei hat bei den Gemeindewahlen ungefähr alle Sitze und noch mehr zurückgewonnen, die die Konservativen während der Amtszeit der Labour-Regierung für sich erobert hätten. Der Umschwung in der Stimmung der Wählerschaft würde ausreichen, um bei Wahlen im gegenwärtigen Augenblick die Labour Party wieder an die Macht zurückzubringen. Es muß allerdings etwas Ungewöhnliches geschehen, damit solche Wahlen stattfinden können. Die Verfassungspraxis der Engländer steht auf dem gesunden Standpunkt, daß man eine Regierung danach beurteilt, wie es im Lande am Ende ihrer Amtszeit (und nicht am Anfang ihres Wirkens) aussieht.

Aber trotzdem können die politischen Festlegungen der Arbeiterpartei nicht als platonische Deklamationen angesehen werden, sondern können unter gegebenen Umständen außerordentliche innen- und außenpolitische Bedeutung erlangen. Die britische Arbeiterpartei ist eine Gewerkschaftspartei. Gewerkschaften sind ihre Hauptmitglieder. Sie ist eine Konföderation aus den Gewerkschaften, den Genossenschaften und einzelnen politischen Organisationen (wobei deren letztere Mitgliederzahl in ganz England mühelos in einem Massenversammlungsraum untergebracht werden könnte). Es ist jetzt die Zeit der Konferenzen der einzelnen Gewerkschaften. Ihre Beschlüsse sind von keiner geringen Bedeutung für die Herbstkonferenz der Labour Party selbst. Die Aufrüstung ist noch immer eine Frage, die eine fast beherrschende Rolle spielt. Der Lebensstandard der Massen kann ja nur so hoch sein, wie die Rüstung niedrig ist (notwendig und unausweichlich wie die Rüstung sein mag — im

Angesicht einer Weltgefahr, die nicht nur den Lebensstandard, sondern das Dasein in Freiheit selbst bedroht).

Die Gewerkschaft der Maschinenbauer (Amalgamated Engineering Union: AEU) und die Gewerkschaft der Ladenangestellten mit einer selten pazifistischen Tradition (Union of Shop, Distributive and Allied Workers: USDAW) haben Resolutionen gegen das Ausmaß der britischen Rüstungen angenommen. Es ist wahrscheinlich, daß auch die Eisenbahnergewerkschaft eine ähnliche Resolution fassen wird. Die beiden erstgenannten Gewerkschaften erklären, daß sie sich nicht auf die Politik von Aneurin Bevan festlegen wollen. Die Frage allerdings ist es, ob man die Rüstungspolitik der englischen Regierungen (Attlee und Churchill) angreifen kann, ohne deren Außenpolitik eine andere entgegenstellen zu können. (Siehe auch den Aufsatz von Reichenbach Seite 356 ff in diesem Heft.)